Beschlussvorlage

2014-2019/SR-096

Status: öffentlich

FB FB Bau/Stadtentwicklung
 SB Frau Turian

Erstellungsdatum: 27.08.2015
 Aktenzeichen 65.20.01.01.-HB

Betreff:

Verwaltungsvereinbarung Henkelbrücke, Finanzierungsverpflichtung

Beratungsfolge:			Abstimmung			
Sitzungsdatum	Gremium	Zuständigkeit	Ja	Nein	Ent	Bef
07.09.2015	Bau- und Vergabeausschuss	Vorberatung				
24.09.2015	Stadtrat der Stadt Genthin	Entscheidung				

Ergebnis der Abstimmung: **beschlossen** **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Genthin bestätigt die Finanzierungsverpflichtung zum Abschluss der Verwaltungsvereinbarung über die Änderung einer Kreuzungsanlage über die Bundeswasserstraße „Elbe-Havel-Kanal“ – Fußgängerbrücke Genthin (Henkelbrücke) / Vorteilsausgleich in Höhe von 405,00 T€.

(Dagmar Turian)
 Fachbereichsleiter/in

(Thomas Barz)
 Bürgermeister

Sachverhalt:

Wie mit dem Eigentumsübergang der Henkelbrücke an die Stadt Genthin und im Planfeststellungsverfahren zum Kanalausbau festgestellt, wird das vorbenannte Brückenbauwerk als Ersatzneubau durch die Wasserstraßenbehörde finanziert.

Zur Umsetzung dieser Maßnahme wurde eine Verwaltungsvereinbarung angeboten, aus der bestimmte Verfahrensabläufe und Zuständigkeiten zu entnehmen sind. Die Vereinbarung wird als Anlage zur Kenntnis beigefügt.

Bestandteil dieser Vereinbarung ist eine Ablöseberechnung zum Vorteilsausgleich, der sich aus dem Neubau der Brücke für den jeweiligen Eigentümer ergibt.

Der vor dem Ersatzneubau bestandene Unterhaltungsanspruch für das alte Brückenbauwerk fällt in diesem Umfang nicht mehr an und ist in Anteilen auszugleichen.

Dieser Vorteilsausgleich wird auf der Grundlage des Wasserstraßengesetzes und den jeweils gültigen Ablöserichtlinien des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung berechnet. Zur Überprüfung dieser Ablöserechnung wurde eine gutachterliche Stellungnahme eingeholt, die die Richtigkeit der Annahmen bestätigt.

Mit Feststellung der Rechtsgrundlagen zur Berechtigung der Erhebung von Vorteilsausgleichen ist der Stadtrat in diversen Beschlüssen auf die Erwartung dieser Pflichtausgabe hingewiesen worden, wenn auch der Höhe nach unbestimmt. Ebenso wurden mit den Maßnahme – und Investitionsplänen in Vorbereitung der jeweiligen Haushaltspläne ein gleichlautender Vortrag, unter Annahme einer fiktiven Belastung, vorgestellt.

In Auswertung des Vortrages der Wasserstraßenbaubehörde ist erst mit Vorlage der Ausführungsplanung eine konkrete Kostenberechnung möglich. Eine nachweisbare Berechnung kann erst nach Abschluss der Baumaßnahme bestimmt und geltend gemacht werden. Die diesbezüglichen Anforderungen sind 6 Monate nach Fertigstellung vorzulegen und nach weiteren 6 Monaten zu begleichen.

Mit Vorlage der Vereinbarung wurden verschiedene Arbeitsberatungen mit Vertretern der Wasserstraße geführt.

Entscheidend für eine abschließende Bewertung ist die Tatsache, dass kein Nachweis der früheren Unterhaltungslast der Reichwasserstraßenbehörde nachgewiesen werden kann, was durch die Tatsache, dass der Kanal vor dem Brückenbau bestand, unterstützt wird. Wenn der Verkehrsweg vor dem Wasserstraßenbau bestanden hätte, wäre von einem Übernahmeanspruch der Brücke zu Lasten der Wasserstraße, auf Grund einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Land SA, auszugehen.

Auf Grund von bisher fehlenden Finanzierungsgrundlagen konnte kein HH-Ansatz gebildet werden, so dass mit Abschluss der Verwaltungsvereinbarung ein gesonderter Finanzierungsbeschluss in Höhe der anliegenden Ablöseberechnung (ca. 405,00 T€) erforderlich wird.

Anlagen: Verwaltungsvereinbarung mit Ablöseberechnung

Finanzielle Auswirkungen:

Finanzierungssicherheit im kommunalen Haushalt der Stadt Genthin in Höhe von 405.000,00 €